



Gleichstellungspolitik der Parteien

Gleichstellungsorientierte Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

Gleichstellungsorientierte Wahlprüfsteine

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 interessierten die Allianz der Gleichstellungsbeauftragten der außeruniversitären Forschungsorganisationen (AGbaf) die gleichstellungspolitischen Haltungen, Konzepte und Vorhaben der verschiedenen Parteien. Anfang März 2021 gingen Wahlprüfsteine zur Gleichstellung an alle sechs im Bundestag vertretenen Parteien. Die Stellungnahmen der Parteien Bündnis 90 - Die GRÜNEN, SPD, DIE LINKE, CDU und FDP trafen zu unterschiedlichen Zeitpunkten ein. Die AfD schickte keine Antwort.

Wahlprüfstein	Bündnis 90 - Die GRÜNEN (Antwort am 12. Juli 2021)	SPD (Antwort am 22. Juli 2021)	DIE LINKE (Antwort am 22. Juli 2021)	CDU (Antwort am 15. Sept. 2021)	FDP (Antwort am 21. Sept. 2021)
<p>1. Plant Ihre Partei eine ganzheitliche Gleichstellungsstrategie für die deutsche Wissenschaftslandschaft über bestehende Einzelmaßnahmen hinausgehend, insbesondere für die außeruniversitären Forschungsorganisationen? Welche Meilensteine sind enthalten? Wie wird die Nachhaltigkeit gesichert?</p>	<p>Nur ein Viertel der Professuren in Deutschland ist durch Frauen besetzt. Hinzu kommt, dass viele junge Wissenschaftlerinnen nur in befristeten Arbeitsverhältnissen sind. Dies sind strukturelle Hindernisse, die es abzubauen gilt. Wir GRÜNE wollen einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent auf allen Ebenen durch die Einführung konkreter Zielquoten, eine Strategie für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Wissenschaftsbereich, die Einführung eines verbindlichen Kaskadenmodells sowie den Ausbau des Professorinnenprogramms erreichen. In allen Beschäftigungsverhältnissen wollen wir flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen, die es erlauben Beruf und Familie zu vereinbaren. Eine größere Diversität in der Wissenschaft hilft auch, geschlechterspezifische Datenlücken zu verringern</p>	<p>Die SPD begreift die Gleichstellung als eine übergreifende Querschnittsaufgabe, die sich vom Grundsatz der Geschlechtergerechtigkeit in allen wissenschaftspolitischen Maßnahmen niederschlägt. Das heißt konkret, dass sich die SPD für Personalentwicklungskonzepte in der Wissenschaft einsetzt, die selbstverständlich mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Wissenschaft befördern sollen. Wir wollen zudem das Professorinnenprogramm weiterentwickeln und um die Förderung auf Qualifikationsstufen vor der Professur erweitern. Bei einem erweiterten Pakt für wissenschaftlichen Nachwuchs werden wir zudem sicherstellen, dass die Vergabe von TenureTrack-Professuren quotiert erfolgt.</p>	<p>Frauen stellen den Großteil der Studienabsolvent_innen und sind dennoch bei Postdoc- und Professor_innen-Stellen stark unterrepräsentiert. Die Corona-Krise verstärkt diese Ungleichheit, was sich an deutlich zurückgehenden Publikationen von Frauen zeigt. DIE LINKE fordert deshalb eine Gleichstellungspolitik mit breitem Fokus, die neben einer Frauenquote von 50 Prozent auf jeder Karrierestufe auch die Arbeits- und Karrieremöglichkeiten des wissenschaftlichen und wissenschaftsunterstützenden Personals (z.B. in Sekretariaten, Bibliotheken, Laboren, Rechenzentren etc.) mit einbezieht. Dies gilt zum Beispiel hinsichtlich auszubauender Betreuungs- und Fördermöglichkeiten für die wissenschaftliche bzw. berufliche Karriere von Frauen und für eine bessere Vereinbarkeit von Wissenschaft, Beruf</p>	<p>Antwort zu 1 + 2 CDU und CSU begrüßen, dass der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Wissenschaft kontinuierlich steigt. Die unionsgeführte Bundesregierung hat vielfältige Maßnahmen für ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis im Wissenschaftssystem getroffen und verfolgt eine auf nachhaltige strukturelle Veränderung angelegte Strategie. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat hierzu Programme, Pakte und Initiativen implementiert, die in den Bundesländer-Vereinbarungen zur Exzellenzstrategie, dem Pakt für Forschung und Innovation und dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken enthalten sind. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass der Pakt für Forschung und Innovation bis 2030 verlängert wurde. Dessen Ziele umfassen auch die Gewährleis-</p>	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr Diversität in der Gesellschaft im Allgemeinen und in der Wissenschaft im Besonderen ein. Wir wollen in der Wissenschaft für mehr Diversität sorgen, denn Forschung lebt auch vom Perspektivwechsel. Doch leider zahlen die außeruniversitären Forschungsorganisationen immer noch lieber die Ausgleichsabgabe, anstatt fünf Prozent der Arbeitsplätze mit Menschen mit Behinderungen zu besetzen. Leider ist der Anteil von Frauen insbesondere in Führungspositionen und vor allem in MINT-Fächern nach wie vor deutlich zu gering. Wir möchten bessere Rahmenbedingungen an Hochschulen für Wissenschaftskarrieren schaffen. Dabei ist uns auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentrales Anliegen – zum Beispiel durch eine bessere</p>

Wahlprüfstein	Bündnis 90 - Die GRÜNEN (Antwort am 12. Juli 2021)	SPD (Antwort am 22. Juli 2021)	DIE LINKE (Antwort am 22. Juli 2021)	CDU (Antwort am 15. Sept. 2021)	FDP (Antwort am 21. Sept. 2021)
	<p>und neue Perspektiven einzubringen. Wir wollen alle thematischen Forschungsförderprogramme der Hightech-Strategie systematisch für Genderforschung öffnen.</p>		<p>und Familie. In den wissenschaftsunterstützenden Bereichen sind Frauen überwiegend in den unteren und mittleren Gehaltsgruppen zu finden. Hier wollen wir Ansätze zur Aufwertung von Tätigkeiten (z.B. im Sekretariat) und zur Weiter- und Höherqualifizierung fördern. Die Bundesstiftung Gleichstellung wollen wir zur Partnerin für das nachhaltige Monitoring der Gleichstellung machen. Geschlechtergerechtigkeit und aktive Gleichstellungspolitik müssen als Qualitätsmerkmale wissenschaftlicher Institutionen verstanden werden.</p>	<p>tung chancengerechter und familienfreundlicher Strukturen. Wir erwarten, dass die Forschungsorganisationen das Kaskadenmodell anwenden, um die Gleichstellung in der Wissenschaft voranzutreiben. Darüber hinaus fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit der Förderrichtlinie „Innovative Frauen im Fokus“ die nachhaltige Umsetzung von Maßnahmen, die die Sichtbarkeit von Frauen in der Wissenschafts- und Innovationskultur im Sinne der Chancengerechtigkeit erhöhen. Von 2020 bis 2026 stellt das BMBF in diesem Rahmen Mittel in Höhe von 41 Millionen Euro für Forschungs- und Umsetzungsprojekte bereit. Auch unterstützen wir Kooperationen von Forschungseinrichtungen und Hochschulen mit kommunalen Einrichtungen bei der Kinderbetreuung. Wir setzen uns für familienfreundliche Anstellungsmodelle insbesondere in der Postdoc-Phase ein. CDU und CSU begrüßen, dass im Mai 2021 die Bundesstiftung Gleichstellung ins Leben gerufen und damit ein Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt wurde. Die Stiftung wird sich aktuellen Herausforderungen der gerechten Partizipation</p>	<p>Kinderbetreuung an Hochschulen und die Möglichkeit für Väter und Mütter, ihre Lehrverpflichtungen beziehungsweise Forschungszeiten selbstbestimmter festzulegen. Des Weiteren setzen wir uns für eine Untersuchung zur Situation von Frauen in der deutschen Wissenschaft ein – nach dem Vorbild des MIT (Massachusetts-Institut für Technologie) Ende der 1990er Jahre.</p>

2. Welche Rolle wird die schon im letzten Koalitionsvertrag vereinbarte ressortübergreifende Bundesstiftung Gleichstellung im Rahmen einer solchen Strategie spielen? Wie werden Sie garantieren, dass die gleichstellungspolitische Expertise der AGbaF in Aufbau und Entwicklung der Stiftung einfließt?

Die neu geschaffene Bundesstiftung Gleichstellung werden wir GRÜNE zu einer effektiven Institution ausbauen, die gesichertes Wissen zu den Lebenslagen aller Geschlechter bereitstellt und wirksame Maßnahmen für Gleichberechtigung entwickelt, bündelt und für Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit zugänglich macht. Hierfür leisten die Sozialwissenschaften und die Gender Studies einen unverzichtbaren Beitrag. Wir brauchen eine Gleichberechtigungsstrategie, die alle Lebens- und Politikbereiche umfasst, ressortüber-

Die neue Bundesstiftung Gleichstellung ist Impulsgeberin, um gleiche Chancen für Frauen und Männer in unserem Land zu befördern. Im Bereich der Wissenschaft sind hier zusätzliche Anstrengungen nötig. Gleichstellungsarbeit in der Wissenschaft ist explizit ein Handlungsfeld der Bundesstiftung. Die SPD wird die Impulse der Bundesstiftung Gleichstellung für die politische Arbeit dankbar aufnehmen. Das gilt auch für Impulse aus Verbänden wie Ihrem. Die SPD steht für Politik im Dialog.

Schon seit Mitte der 1990er Jahre wird auf internationaler Ebene eine institutionelle Verankerung von Gleichstellungspolitik gefordert. DIE LINKE unterstützt deshalb die längst überfällige Etablierung einer Bundesstiftung Gleichstellung in Deutschland. Als LINKE verstehen wir Gleichstellung als umfassendes Querschnittsthema. Es braucht dringend eine Einbindung verschiedenster Akteur*innen, die an der Schnittstelle von Gleichstellung und anderen gesellschaftlichen Bereichen arbeiten, darunter auch der außeruniversitären

Das Gesetz zur Errichtung einer "Bundesstiftung Gleichstellung" trat im Mai 2021 in Kraft. Derzeit befindet sich die Stiftung im Aufbau. Die Aufgabe der Stiftung ist es, für mehr Wissen, mehr Aktion zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft sowie mehr Innovation in der Gleichstellungspolitik zu sorgen. Diese drei zentralen Aspekte unterstützen auch wir Freie Demokraten. Für uns ist entscheidend, dass die neue Stiftung insbesondere dazu beiträgt, Gleichstellung zu beschleunigen. Dazu sollte sie bereits

Das Gesetz zur Errichtung einer "Bundesstiftung Gleichstellung" trat im Mai 2021 in Kraft. Derzeit befindet sich die Stiftung im Aufbau. Die Aufgabe der Stiftung ist es, für mehr Wissen, mehr Aktion zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft sowie mehr Innovation in der Gleichstellungspolitik zu sorgen. Diese drei zentralen Aspekte unterstützen auch wir Freie Demokraten. Für uns ist entscheidend, dass die neue Stiftung insbesondere dazu beiträgt, Gleichstellung zu beschleunigen. Dazu sollte sie bereits

Wahlprüfstein	Bündnis 90 - Die GRÜNEN (Antwort am 12. Juli 2021)	SPD (Antwort am 22. Juli 2021)	DIE LINKE (Antwort am 22. Juli 2021)	CDU (Antwort am 15. Sept. 2021)	FDP (Antwort am 21. Sept. 2021)
	<p>greifend arbeitet und die Erkenntnisse in umsetzbare Ziele übersetzt. Es wird Zeit für eine feministische Regierung, in der Frauen und Männer gleichermaßen für Geschlechtergerechtigkeit eintreten. Aufbau und Entwicklung der Stiftung sollte durch die gleichstellungspolitische Expertise aus der Wissenschaft begleitet werden.</p>		<p>Forschung (wie der AGbaf).</p>	<p>von Frauen und Männern in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft widmen. Sie soll erfolgreiche Ansätze bekannt machen, Informationen bereitstellen, beraten und die Entwicklung neuer Ideen unterstützen. Dabei war es CDU und CSU wichtig, dass die Stiftung bestehende Strukturen sinnvoll ergänzt und nicht doppelt. Über die weiteren Schritte bei Aufbau und Entwicklung der Stiftung entscheidet der Stiftungsrat.</p>	<p>vorhandenes Wissen nutzen, es gezielt erweitern und mit modernen Mitteln in die Umsetzung bringen.</p>
<p>3. Wie wird Ihre Partei der ungleichen Repräsentation der Geschlechter in den außeruniversitären Forschungsorganisationen - insbesondere auf Führungsebene - entgegenwirken?</p>	<p>Obwohl es viele erfolgreiche Frauen gibt, sind sie in der Wissenschaft noch immer unterrepräsentiert - das gilt nicht nur für Forschung und Lehre, sondern auch bei den Leitungspositionen. Es wird höchste Zeit, dass mehr Frauen eine Hochschule leiten. Gerade einmal 23 Prozent der Hochschulen werden von Frauen geleitet. Von den fünf großen außeruniversitären Forschungsorganisationen hat nur die Deutsche Forschungsgemeinschaft eine Frau an der Spitze. Das zeigt den großen Aufholbedarf, den es in Deutschland bei der Chancengleichheit gibt. Darum muss das Professorinnen-Programm fortgesetzt und ausgeweitet werden und ein verbindliches</p>	<p>Die SPD setzt sich dafür ein, dass Personalentwicklung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit erfolgt. In Personalentwicklungskonzepten sind wissenschaftliche Einrichtungen gefordert darzustellen, wie sie den Frauenanteil in allen Positionen bis zur Führungsebene anheben.</p>	<p>DIE LINKE setzt sich bereits jetzt mit für eine nachhaltige Quote in Führungspositionen ein, die eine paritätische Besetzung der oberen Führungsebenen im Öffentlichen Dienst vorsieht. Ferner fordert DIE LINKE in ihrem Wahlprogramm eine konsequente Gleichstellungspolitik an Forschungseinrichtungen und Hochschulen, die sowohl eine 50-prozentige Frauenquote auf jeder Karrierestufe als auch andere Maßnahmen vorsieht . DIE LINKE sieht dazu eine Gleichstellungsstrategie zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit in der Wissenschaft vor. Wie in den bereits vorliegenden Anträgen der Fraktion DIE LINKE zum FüPoG II, sollen Gleichstellungsbeauftragte</p>	<p>CDU und CSU ist es wichtig, dass Frauen in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf allen Ebenen vertreten sind und auch ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis auf Führungsebene vorhanden ist. Die Einrichtungen müssen deshalb Maßnahmen zur Unterstützung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und für familienfreundliche Arbeitsbedingungen etablieren. Wir werden weiterhin auf eine Erhöhung der Frauenanteile bei Stellenbesetzungen hinwirken, wobei dies abhängig von der Bewerbungslage unterschiedlich schnell verlaufen kann. Deshalb wollen wir insbesondere die bisher unterdurchschnittlichen Frauenanteile im MINT-Berufsfeld erhöhen und dafür werben,</p>	<p>Aus Sicht der Freien Demokraten haben wir hier weniger ein Erkenntnis- als vielmehr ein Umsetzungsproblem. Die Probleme sind bekannt und die Forderungen liegen auf dem Tisch. Es geht aber viel zu langsam voran. Woran dies jedoch im Einzelnen liegt, wollen wir durch eine systematische Untersuchung sowie eine quantitative und qualitative Analyse am Beispiel des KIT erheben. Das KIT ist sowohl Exzellenzuniversität als auch Institut der Helmholtz-Gemeinschaft und gehört mit seinen rund 9.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu den Großforschungsstandorten. Daher würde sich das KIT hervorragend für eine rasch durchzuführende Pilotstudie eignen (vgl. „Gleichstel-</p>

Wahlprüfstein	Bündnis 90 - Die GRÜNEN (Antwort am 12. Juli 2021)	SPD (Antwort am 22. Juli 2021)	DIE LINKE (Antwort am 22. Juli 2021)	CDU (Antwort am 15. Sept. 2021)	FDP (Antwort am 21. Sept. 2021)
	<p>Kaskadenmodell eingeführt werden. Langfristig wollen wir GRÜNE auf allen Ebenen einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent etablieren. In Zusammenarbeit mit den Ländern wollen wir das Kaskadenmodell im PFI verbindlicher ausgestalten.</p>		<p>dabei in ihren Rechten und Handlungsmöglichkeiten gestärkt werden, um so beispielsweise Berufungskommissionen im wissenschaftlichen Kontext wirkmächtig begleiten zu können. Des Weiteren setzt sich DIE LINKE für eine geschlechtergerechte Bezahlung und Karrieremöglichkeiten der wissenschaftsunterstützenden Beschäftigungsgruppen ein. Außerdem wollen wir verlässliche Arbeitsverhältnisse und planbare Karriereperspektiven für den akademischen Mittelbau und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaft.</p>	<p>dass sich mehr Frauen für MINT-Berufswege begeistern. Hierfür wollen wir ihnen Qualifizierungs- und Karrieremöglichkeiten aufzeigen und sie mit Beratungsleistungen unterstützen. Wir brauchen mehr weibliche Rollenvorbilder in Wissenschaft und Forschung, um Frauen für Karrierewege in der Wissenschaft zu motivieren. Um die Präsenz von Frauen auf allen Qualifikationsstufen im Wissenschaftssystem zu steigern, hat die unionsgeführte Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern bereits 2008 das sehr erfolgreiche Professorinnenprogramm ins Leben gerufen. Der Anteil der Professorinnen an deutschen Hochschulen konnte so von rund 16 Prozent im Jahr 2007 auf nahezu 25 Prozent im Jahr 2021 gesteigert werden. Das strahlt auf das gesamte Wissenschaftssystem aus und wird auch den Anteil der Frauen auf der wissenschaftlichen Führungsebene erhöhen. Deshalb werden wir diesen erfolgreichen Weg weitergehen.</p>	<p>lung in der Wissenschaft – Vorgehensweise des Massachusetts Institute of Technology als Vorbild für das deutsche Wissenschaftssystem“ BT-Drs.-19/23629). In die Führungsebene aufsteigen kann aber meist nur, wer schon früh am Ball ist. Wir Freie Demokraten fordern daher eine MINT-Offensive. Pädagoginnen und Pädagogen müssen für experimentelles und forschendes Lernen in allen KITAS ausgebildet werden. Mit modernen Makerspaces in Schulen ermöglichen wir allen Jugendlichen bessere Zukunftschancen. Auch fordern wir ein gezieltes Maßnahmenpaket für die Förderung von Mädchen und Frauen im MINT-Bereich. Denn so werden aus jungen Forscherinnen aufgeweckte Erwachsene, die wissenschaftliche Innovationen aktiv mitgestalten.</p>

4. Verfolgt Ihre Partei einen Gender Budgeting Ansatz im Sinne einer geschlechtergerechten Partizipation an finanzpolitischen Entscheidungen?

Finanz- und haushaltspolitische Entscheidungen sind nicht geschlechterneutral - ganz im Gegenteil. Steuer- und Finanzpolitik können die Diskriminierung von Frauen verschärfen.

Wir wollen ein Jahrzehnt der Gleichstellung. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die alle

Besonders in Zeiten, in denen sich soziale Ungleichheiten und geschlechtliche Arbeitsteilungen weiter verschärfen, braucht es politische Instrumente, die effektiv gegensteu-

Antwort 4, 5 + 6
CDU und CSU stehen für solide Finanzen und wollen einen zukunftsfesten Bundeshaushalt aufstellen. Unser Ziel ist eine langfristige und generationen-

Aus Sicht der Freien Demokraten gibt es kein pauschales 'Ja' oder 'Nein' zum Gender Budgeting, da dieser Begriff oftmals sehr weit gefasst wird. Unterschiede in der Verteilung von

Wahlprüfstein	Bündnis 90 - Die GRÜNEN (Antwort am 12. Juli 2021)	SPD (Antwort am 22. Juli 2021)	DIE LINKE (Antwort am 22. Juli 2021)	CDU (Antwort am 15. Sept. 2021)	FDP (Antwort am 21. Sept. 2021)
	<p>Gleichstellungsaspekte lassen sich nicht auf einzelne Politikbereiche beschränken. Vielmehr handelt es sich um eine Querschnittsaufgabe, die im Gesetzgebungsprozess aller Politikfelder, wie etwa in der Steuer-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Verkehrspolitik, relevant ist. Daher ist eine Gesetzesfolgenabschätzung als eine Art Vogelperspektive unabdingbar, um Gleichstellungsaspekte bei allen Gesetzen berücksichtigen zu können. Vermeintlich geschlechterneutrale Verwaltungsroutinen müssen aufgebrochen werden. Gleichstellungsaspekte müssen bereits bei der Erarbeitung von Verwaltungsprodukten Berücksichtigung finden.</p>	<p>Bereiche durchziehen muss: Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Bildungs- und Rechtspolitik – aber auch Haushalts- und Finanzpolitik. Dies schließt eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung mit ein.</p>	<p>ern: Soziale und geschlechtergerechte Haushalte und Konjunkturmaßnahmen sind eine Voraussetzung zur effizienten Bekämpfung des Gender Pay Gaps (Lohnlücke zwischen den Geschlechtern) und des Gender Care Gaps (Sorgelücke zwischen den Geschlechtern). DIE LINKE fordert daher Gender Budgeting auf allen Ebenen - auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene: Gender Budgeting ist die Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter im Haushalt. Haushalte bilden Verteilungsverhältnisse ab und sind Ausdruck von politischen Prioritätensetzungen. Deshalb fordern wir, dass die Bundesregierung mit Beginn der Aufstellung des Bundeshaushalts 2022 systematisch die Geschlechtergerechtigkeit bei der Planung und im Vollzug des Bundeshaushalts berücksichtigt. Die Implementierung von Gender Budgeting in die Haushaltspolitik betrifft alle haushälterischen Bereiche wie zum Beispiel die Infrastruktur. DIE LINKE fordert außerdem eine bessere Ausstattung sowie eine Ausweitung der Durchsetzungsrechte der Gleichstellungsbeauftragten.</p>	<p>gerechte Haushaltsführung im Bund. Auch sehen wir uns in unserem Handeln der Gleichberechtigung von Frauen und Männern verpflichtet. Den Artikel 3 des Grundgesetzes „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“ haben CDU und CSU auch im Hinblick auf die Gestaltung der öffentlichen Mittelverwendung im Fokus. Wir halten allerdings die Implementierung von Gender Budgeting im Bundeshaushalt nicht für ein geeignetes Instrument, um die Gleichstellung der Geschlechter durchzusetzen. Der Bundeshaushalt beschreibt den finanziellen Rahmen der einzelnen Fachbereiche, legt ihn gesetzlich fest und ermächtigt die jeweils zuständigen Ressorts dazu, die erforderlichen Ausgaben zu leisten. Die Umsetzung gleichstellungspolitischer Ansätze gehört damit in die Verantwortung der einzelnen Ressorts und Fachbereiche. Nach § 2 ihrer Gemeinsamen Geschäftsordnung sind die Bundesministerien bereits in der Pflicht, in</p>	<p>Haushaltsmitteln sind eine Konsequenz aus zuvor getroffenen politischen Entscheidungen. Hier gilt es, wie in den anderen Fragen beschrieben die richtigen Grundsatzentscheidungen zu treffen, damit die Haushaltsmittel bei den richtigen Adressatinnen und Adressaten ankommen.</p>

Wahlprüfstein	Bündnis 90 - Die GRÜNEN (Antwort am 12. Juli 2021)	SPD (Antwort am 22. Juli 2021)	DIE LINKE (Antwort am 22. Juli 2021)	CDU (Antwort am 15. Sept. 2021)	FDP (Antwort am 21. Sept. 2021)
<p>5. Berücksichtigt eine solche Strategie Infrastruktur, personelle Ressourcen, gleichstellungsrelevante Forschungsthemen sowie die Ausstattung von Gleichstellungsbeauftragten?</p>	<p>Die Bundesregierung soll dem Bundestag und der Öffentlichkeit einmal pro Legislaturperiode einen Fortschrittsbericht zur „Geschlechtergerechtigkeit in Wissenschaft und Forschung“ vorlegen. Wir GRÜNE wollen einen eigenen Förderschwerpunkt Maßnahmenforschung zur Gleichstellung von Frauen im Wissenschaftsbetrieb einrichten. Denn um die besten Strategien zu etablieren, die zu nachhaltigen Veränderungen der Strukturen führen, braucht es mehr Wissen und Kompetenz darüber, ob und welche Ansätze wirksam sind. Wir wollen außerdem alle thematischen Forschungsförderprogramme der Hightech-Strategie systematisch für Genderforschung öffnen.</p>	<p>Gleichstellung als übergreifende Querschnittsaufgabe schließt nicht nur die Personalentwicklung, sondern auch die Berücksichtigung bei Investitionen und der Finanzierung von Maßnahmen mit ein. Die SPD setzt sich für eine starke Geschlechterforschung im Rahmen der Zuständigkeiten des Bundes ein.</p>	<p>DIE LINKE setzt sich für eine Geschlechter gerechte Teilhabe an Wissenschaft in Deutschland ein. Dabei sind unter anderem die Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaft, sowie die Förderung der Karrierewege von Wissenschaftlerinnen in der Forschung durch Quoten, Mentoring- Programme, Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten und verlässliche Arbeitsverhältnisse für die wissenschaftlich Beschäftigten ein wichtiger Bestandteil der Gleichstellungstrategie der Partei DIE LINKE, um Genderaspekten in zukünftige Forschung einzubeziehen. Die bereits bestehenden Empfehlungen der DFG zur "forschungsorientierten Gleichstellung" unterstützt die LINKE hierbei, um eine gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter in der Forschung zu ermöglichen. Um dem neoliberalen Mainstream kritisches Denken zur Seite zu stellen, wollen wir plurale Ansätze in Forschung und Lehre an Hochschulen und Universitäten fördern. Dazu gehören explizit (post-) keynesianische, marxistische, ökologische und feministische Theorien.</p>	<p>ihrem Fachbereich die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen zu fördern. Die Maßnahme des Gender Budgetings halten wir deshalb für nicht erforderlich.</p>	<p>Wir sind der Überzeugung, dass sich die Führungskulturen der AUFs wandeln müssen. Noch wirken unbewusste Vorurteile ("Unconscious Bias"), die unbedingt noch stärker hinterfragt werden müssen. Nicht jede Spitzenwissenschaftlerin und jeder Spitzenwissenschaftler ist auch eine gute Führungskraft. Stark hierarchische Strukturen und Abhängigkeitsverhältnisse können dazu beitragen, Arbeitsatmosphären negativ zu beeinflussen. Auch wenn sich die AuF dessen zunehmend bewusster werden, muss an der Umsetzung von Erkenntnissen noch gearbeitet werden.</p>

Wahlprüfstein	Bündnis 90 - Die GRÜNEN (Antwort am 12. Juli 2021)	SPD (Antwort am 22. Juli 2021)	DIE LINKE (Antwort am 22. Juli 2021)	CDU (Antwort am 15. Sept. 2021)	FDP (Antwort am 21. Sept. 2021)
<p>6. Berücksichtigt eine solche Strategie die Ausweitung des Zuwendungsrechts bezüglich der finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten der Karrieren von Wissenschaftlerinnen?</p>	<p>Die Ausweitung des Zuwendungsrechts ist eine mögliche Maßnahme, um Karrieren von Wissenschaftlerinnen finanziell zu unterstützen. Das sollte im Zuge des Fortschrittsberichts „Geschlechtergerechtigkeit in Wissenschaft und Forschung“ geprüft werden.</p>	<p>Die SPD möchte die Karrieren von Frauen in der Wissenschaft stärken. Deswegen setzen wir uns für eine Ausweitung des Professorinnenprogramms ein und sorgen dafür, dass auf allen Stufen der wissenschaftlichen Karriere Maßnahmen für mehr Geschlechtergerechtigkeit mitgedacht werden.</p>			<p>Das Zuwendungsrecht gilt es laufend zu überprüfen und wenn notwendig, bei Bedarf anzupassen. Dies betrifft neben wirtschaftlichen und politischen Veränderungen auch gesellschaftliche Gesichtspunkte. Im Rahmen dieser Prüfung sind daher auch Gleichstellungsaspekte zu berücksichtigen.</p>
<p>7. Wie wollen Sie gewährleisten, dass künftig Genderaspekte in allen Forschungsprojekten Berücksichtigung finden?</p>	<p>Wir GRÜNE fordern, alle thematischen Forschungsförderprogramme der Hightech-Strategie systematisch für Genderforschung zu öffnen und Genderforschungsaspekte sehr viel systematischer bei der Entwicklung und Ausschreibung von Forschungsförderlinien zu berücksichtigen. Auch in der Ressortforschung des Bundes sollen Genderaspekte stärkere Berücksichtigung finden und die Genderkompetenz der Akteur*innen in der Ressortforschung erhöht werden. Darüber hinaus soll evaluiert und dem Bundestag berichtet werden, wie Gender Mainstreaming im Forschungsbereich umgesetzt wird. Bei der Evaluation soll insbesondere auch die Wirksamkeit der Arbeitshilfe zu § 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der</p>	<p>Dem Forschungsverständnis der SPD liegt ein ganzheitliches Verständnis von Forschung zu Grunde. Forschung findet nicht in abgeschlossenen Räumen statt, sondern ist eingebunden in transdisziplinäre Strukturen und den gesellschaftlichen Kontext. Das zu berücksichtigen ist auch Aufgabe der Forschungsförderung und schließt den Bereich der Geschlechtergerechtigkeit mit ein.</p>		<p>Geschlechterdifferenzierte Betrachtungen und Genderaspekte sind in ganz vielen Bereichen in Bezug auf Fragestellungen, Forschungsmethoden und Analyseverfahren notwendig. Ein offensichtliches Beispiel ist die Medizin, wo sich optimale Diagnoseverfahren, Medikamente und Therapien bei Frauen und Männern deutlich unterscheiden können. CDU und CSU begrüßen deshalb, dass sich das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit der Richtlinie „Geschlechteraspekte im Blick“ die strukturelle Verankerung von Geschlechteraspekten in der Forschung in allen Fachgebieten vorantreibt. Inzwischen wird auch im EU-Rahmenprogramm Horizont Europa Genderaspekten ein hoher Stellenwert beigemessen. Wir setzen uns dafür</p>	<p>Der Forschungsstandort Deutschland steht in einem harten internationalen Wettbewerb. Die Forschungsfreiheit ist ein hohes Gut. Gleichzeitig ist es entscheidend, dass Wissenschaft und Forschung nachweisbare Ergebnisse und Lösungen (sei es Output, Outcome und/oder Impact) für existenzielle Fragen entwickeln. Technologische wie soziale Innovationen müssen die Wirtschaft ebenso wie die Gesellschaft voranbringen sowie Fortschritt und Wettbewerbsfähigkeit sichern. Stärker als bisher muss im Selbstverständnis öffentlich geförderter Forschung verankert werden, dass gesellschaftlicher Nutzen im Sinne von Impact daraus erwachsen sollte. Welcher Nutzen das sein könnte und welche Anstrengungen unternommen</p>

Wahlprüfstein	Bündnis 90 - Die GRÜNEN (Antwort am 12. Juli 2021)	SPD (Antwort am 22. Juli 2021)	DIE LINKE (Antwort am 22. Juli 2021)	CDU (Antwort am 15. Sept. 2021)	FDP (Antwort am 21. Sept. 2021)
	Bundesministerien (GGO) „Gender Mainstreaming in Forschungsvorhaben“ geprüft werden. Dieses Instrument muss so überarbeitet werden, dass es tatsächlich zur angestrebten querschnittsmäßigen Verankerung von Geschlechterforschungsperspektiven in der Ressortforschung kommt.			ein, dass Genderaspekte auch in der Forschung der außeruniversitären Einrichtungen selbstverständlich werden.	werden müssten, damit er entsteht, muss permanent mitgedacht werden(vgl. „Forschungsstrukturen und -kulturen neu denken – Handlungsfelder zur Stärkung von Agilität, Effizienz und Impact außeruniversitärer Forschungseinrichtungen“ BT-Drs.-19/30835).

8. Welche Pläne hat Ihre Partei, um Chancengleichheitsaspekte und vorhandene Gleichstellungsexpertise von Anfang an in die Strategieentwicklung gegen die Auswirkungen von Krisen konsequent zu integrieren?

In Krisenzeiten, wie jetzt während der Bewältigung der Pandemie, ist ein geschlechtersensibler Blick notwendig, um zu gewährleisten, dass die aufgesetzten Maßnahmen und Programmen nicht zur Benachteiligung von Frauen und zu Rückschritten bei gleichstellungspolitischen Errungenschaften führen. Wir GRÜNE haben im Bundestag konkrete kurz- und langfristige Instrumente in den Bereichen Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik, Zeit- und Familienpolitik sowie zu Frauen in Führungspositionen von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft vorgeschlagen. Darüber hinaus fordern wir die Einführung eines Geschlechtergerechtigkeits-Checks, mit dem alle bestehenden und kommenden Krisenmaßnahmen und Gesetzesvorschläge auf ihre unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen auf Frauen und

Bestehende ungleiche Chancen von Frauen und Männer zeigen sich in Krisensituationen nochmal besonders deutlich. Macht, Geld und Zeit sind noch immer ungerecht verteilt. Wir wollen erreichen, dass Frauen und Männer auf ihrem Lebensweg die gleichen Chancen haben, an der Verteilung teilzuhaben. Auf Betreiben der SPD haben wir mit der Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung dafür gesorgt, dass die aktive Gleichstellung der Geschlechter zur gemeinsamen Sache aller Ressorts wird. Wir kämpfen nicht nur in Krisenzeiten weiter für Verbesserungen – wir sind immer Anwält*innen für eine faire Entlohnung, Beteiligung und Partnerschaftlichkeit in Beruf und Familie. Dabei stehen wir im kontinuierlichen Austausch mit Expert*innen und Vertreter*innen aus der Zivilgesellschaft. Mit der Ein-

Gerade in Krisen ist es wichtig, die unterschiedlichen Lebens-, Arbeits- und Lohnbedingungen von Frauen und Männern zu berücksichtigen und Frauen gleichermaßen auf Entscheidungsebenen zu beteiligen. Geschlechtergerechtes Entscheidungsmanagement wurde in der Vergangenheit meist versäumt. Eine Analyse der Konjunkturpakete I und II im Rahmen der Corona-Krisenbewältigung 2020 zeigt, dass viele der darin getroffenen Maßnahmen gleichstellungspolitisch sogar negative Effekte hatten. Diese Fehler dürfen sich nicht wiederholen. Bund und Länder müssen sicherstellen, dass Frauen in öffentlichen Krisenstäben und anderen relevanten Entscheidungsgremien gleichermaßen beteiligt und die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Frauen und Männern berücksichtigt

CDU und CSU wollen in den bilateralen und multilateralen Anstrengungen für zivile Krisenprävention und Stärkung von Demokratie und Menschenrechten die Geschlechtergerechtigkeit stets mitdenken und jene zivilgesellschaftlichen Prozesse und Gruppen zu unterstützen, die sich für Frauen- und Mädchenrechte einsetzen. Die unionsgeführte Bundesregierung hat deshalb im Zuge der Mitgliedschaft Deutschlands im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Juli 2020 den Kampf gegen sexualisierte Gewalt und den Einsatz für die Rechte und den Schutz von Mädchen und Frauen auf der Welt zu einem Schwerpunkt erhoben. Frauen spielen eine wichtige Rolle bei Wiederaufbau, Transformation und Friedenskonsolidierung in Postkonfliktländern. Deutschlands wertorientierte Außen- und Ent-

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass Frauen verstärkt in alte Rollenmuster zurückgedrängt wurden. Insbesondere, wenn sie Kinder versorgen oder Pflegeaufgaben nachgehen mussten. Wichtig ist jetzt, negative Auswirkungen auf die weiteren wissenschaftlichen Karrierewege der betroffenen Frauen aufzufangen.

Wahlprüfstein	Bündnis 90 - Die GRÜNEN (Antwort am 12. Juli 2021)	SPD (Antwort am 22. Juli 2021)	DIE LINKE (Antwort am 22. Juli 2021)	CDU (Antwort am 15. Sept. 2021)	FDP (Antwort am 21. Sept. 2021)
	Männer geprüft werden.	richtung der Bundesstiftung Gleichstellung haben wir eine weitere wichtige Grundlage geschaffen, um die Gleichstellungspolitik auch strukturell zu stärken und den Austausch zu fördern.	werden. Finanzielle Hilfsmaßnahmen sind daraufhin zu prüfen, dass sie Frauen und Männern gleichermaßen zugutekommen (Gender Budgeting, siehe Frage 4).	wicklungspolitik sieht sich in der Verpflichtung, nachhaltig für Frauen- und Mädchenrechte einzutreten. Diese Aufgabe ist daher nicht nur von den nationalen Politiken, sondern auch von der Europäischen Union durch die Einbeziehung des Aspekts der Gleichstellung in allen Politikbereichen bei der Entwicklung und Umsetzung adäquater außen- und sicherheitspolitischer Maßnahmen zu berücksichtigen.	